

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

3.2.1865 (No. 29)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. Februar.

N. 29.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, unterm 26. v. Mts. den Jagdjunker Freiherrn Richard Böcklin von Böcklinsau zu Derschweiler, den Hofjunker Franz Freiherrn von Bodmann zu Bodmann, den Hofjunker August Freiherrn Göler von Ravensburg zu Sulzfeld, den Hofjunker Emil Freiherrn von Althaus, Legationssekretär zu Paris, den Hofjunker Eduard von Sulz-Wellenburg, Staatsanwalt zu Baden, zu Kammerjunkern, und den Freiherrn Alfred Huber von Gleichenstein zu Rothweil zum Hofjunker zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 2. Febr. Wie man der „Ztg. B.“ telegraphisch meldet, hat Kardinal Antonelli ein Rundschreiben erlassen, worin betont wird, daß die Encyclica durchaus keinen politischen, sondern lediglich einen theologischen, pastoralen Charakter habe.

New-York, 21. Jan. (W. L. B.) Blair ist abermals wegen Friedensverhandlungen nach Richmond gegangen. Es geht das Gerücht, das südstaatliche Fort Caswell im Fluß Cape-Fear sei in die Luft gesprungen. Die Kanonenboote der Unionisten rückten gegen Wilmington vor. Bestätigt wird, daß eine Abtheilung Sherman's Pocatello an der Savannah-Charleston-Bahn besetzt hat.

Gold 203 1/2, Wechselkurs 225 1/2. Bonds 108 3/8. Baumwolle 98.

Deutschland.

Frankfurt, 31. Jan. Man schreibt dem „Münch. Corr.“: Die Vermuthung, daß der von Seiten Bayerns und anderer Mittelstaaten nach Wien ergangene Mittheilung, daß sie gewonnen seien, weitere Schritte in der Elbergherzogthümer-Angelegenheit vorderhand ruhen zu lassen, wohl ein Meinungsaustrausch mit Wien vorhergegangen sei, als dessen Ergebnis eben diese Mittheilung zu betrachten wäre, ist gutem Vernehmen nach völlig begründet. Es waren, wie man versichert, nachdem die Vereinbarung der Bundesrepublikation von Preußen in Uebereinstimmung mit Oesterreich durchgesetzt worden war, beruhigende Erklärungen des Wiener Kabinetts an diejenigen Bundesstaaten, welche bei dem Votum über den bezüglichen Antrag die Minorität in der Bundesversammlung bildeten, erteilt worden; Oesterreich gab die bestimmte Zusicherung, daß es bei den Verhandlungen mit dem Berliner Kabinet zur Annahme einer definitiven Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sorglich darauf achten werde, daß die wohlbehüteten Rechte und Interessen der Gesamtheit des Bundes sowohl, wie auch der Elbergherzogthümer selbst gewahrt bleiben. Diesen beschwichtigenden Er-

klärungen gegenüber erfolgte, wie verlautet, die Eingangs erwähnte Mittheilung.

Stuttgart, 1. Febr. Heute wurde in der Zweiten Kammer die am Montag begonnene Beratung der Besoldungsaufbesserungen beendet, und damit für diese Woche die Arbeit der Kammer eingestellt, welche in der kommenden nach Erledigung einiger kleineren Geschäfte sofort in die Beratung des Etats selbst eintreten wird.

Nachdem am Montag in der Angelegenheit der Besoldungsaufbesserungen die Vorfrage, ob überhaupt in die Einzelheiten der Regierungsvorlage eingegangen werden solle, mit der großen Majorität von 75 gegen 12 Stimmen für die Regierung entschieden worden war (diese hatte eine umfassende Reorganisation der Verwaltung zugesichert), wurde gestern die Vorlage im Einzelnen beraten, und den Bezirksbeamten um jährliche 100 fl., den Kollegialassessoren um 100 fl., den Gerichts- und Oberamtsaktuarien, den Kameralamts-Buchhaltern und Forstamts-Assistenten gleichfalls um 100 fl. (unter Beibehaltung der bisherigen Alterszulagen für eine Anzahl der älteren unter denselben), für die Kanzlisten, Tagschreiber und Kopisten je 50 fl., und für die Kanzleidiener und Amtsdienner gleichfalls um 50 fl. aufgebessert worden war, kam es an die größeren Zulagen für die Präsidenten, Direktoren und Räthe mit Zulagen von je 300 und 200 fl., wobei sich größerer Widerstand in der Kammer zeigte. Die für den Obertribunalpräsidenten verlangten 300 fl. wurden nur mit 44 gegen 42 Stimmen verworfen, die 300 fl. für den Oberkonsistorialpräsidenten mit 46 gegen 38 Stimmen abgelehnt und auf 100 fl. reduziert. Den Direktoren wurden heute nur noch die 200 fl. Zulage mit 66 gegen 20 Stimmen verworfen, aber dabei bestimmt, daß denselben die Freiwohnungen oder Wohnungen mit ermäßigten Mietzinsen in Abzug gebracht werden sollen, doch nicht in höherem Betrage als die jetzige Zulage. Somit besagt dieser Beschluß: Es erhalten nur diejenigen Direktoren Zulagen, welche keine Freiwohnungen inne haben. Den Ministerial-, Obertribunal- und Kollegialräthen wurden je 200 fl. zugelegt, und den Expedienten je 100 fl., abgesehen von einer günstigeren Klasseneinteilung.

So ist denn diese Frage, für sehr viele Staatsdienerfamilien eine Lebensfrage, endlich entschieden worden. — In neuerer Zeit kommen fast täglich an die Kammer Petitionen gegen die Aufhebung der Todesstrafe, die alle gleichlautend, lithographirt sind und von frommer Seite ausgehen, daher auf eine wohlorganisirte Agitation geschlossen wird. Alle diese Petitionen sollen nun in Verbindung mit der Motion des Abg. Becker auf Abschaffung der Todesstrafe am Ende nächster Woche zur Beratung kommen. — Staatsrath v. Renner, Chef des Finanzdepartements, sagt auf ergangene Anfrage in etwa 14 Tagen die Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf Abänderung der Brauntypenbesteuerung zu.

Wiesbaden, 31. Jan. (N. Fr. Ztg.) Nachdem kürzlich die von der Regierung gegen den Abg. Dr. Braun erhobene Anklage wegen öffentlicher Schmäherung der Staatsbehörden abgewiesen worden ist, ist dieser Tage auch der wiedergewählte liberale Abg. Kling von Langenschwalbach, den man aus Anlaß eines durch Hausung erhobenen Briefes in eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung verwickelt hatte,

von dem hiesigen Hof- und Appellationsgericht in seiner Plenarsitzung einstimmig freigesprochen worden.

Dresden, 31. Jan. Das „Dresdner Journ.“ ist in der Lage, nachstehendes Schreiben mittheilen zu können, welches der Kaiser von Oesterreich unterm 19. Dezember v. J. an den vormaligen Oberkommandirenden der Bundes-Exekutionstruppen in Holstein, Hrn. Generalleutnant v. Hake, erlassen:

Lieber Generalleutnant v. Hake! Sie haben als Kommandant der Bundes-Exekutionstruppen in Holstein durch Umsicht wie durch Beharrlichkeit Ihre bundesfreundlichen, eht militärischen Gefinnungen die Rücksichten Ihrer eigenen schwierigen Stellung mit den Interessen für die Truppen meines 6. Armeekorps, nicht nur in so lange eine Brigade desselben unter Ihren speziellen Befehlen stand, sondern im Lauf des ganzen Feldzugs bei jeder Gelegenheit zu vereinen gewünscht. Ihre reelle, stets bereitete Unterstützung erleichterte die Aufgabe meiner Truppen, und Ihr kameradschaftliches Entgegenkommen belebte und stärkte jenen Geist der Eintracht, welcher meinen und den Absichten Sr. Maj. Ihres königl. Herrn entspricht. Indem ich Ihnen daher, lieber Generalleutnant, hierfür meine volle Anerkennung zolle, fühle ich mich angelehnt, Ihnen zugleich meinen Dank auszusprechen, und verbleibe Ihr wohlgeogener Franz Joseph. Wien, 19. Dec. 1864.

Dresden, 31. Jan. Dem „Dresdner Journ.“ wird über die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich eines Handelsvertrags geschrieben: „Oesterreich hat sich allerdings in dieser Angelegenheit nach wie vor irgend eines Entgegenkommens seitens Preußens nicht zu rühmen, und für dessen Fachmänner scheint der politische Faktor der Einigung zwischen den beiden deutschen Mächten nicht in Anschlag zu kommen; aber man ist gleichwohl in so vielen Punkten bereits zu einer Verständigung gelangt, daß man voraussichtlich nun wohl noch vollends zum Ziele gelangen wird. Ueber Prinzipienfragen wird überhaupt nicht mehr gestritten, und in der Tariffrage ist man durch Anwendung des Grundgesetzes, daß beiderseits einer in beiden Gebieten vertretenen Industrie nur ein solcher Zoll auferlegt werden darf, der ihre Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigt, über die größten Schwierigkeiten hinweggekommen. Für die noch schwebende Weinzoll-Frage wird sich also am Ende auch noch eine Lösung finden. Es sei übrigens ausdrücklich bemerkt, daß weder bei diesem noch einem sonstigen Artikel Oesterreich einen Differenzialzoll beanspruchte; Zollbegünstigungen wurden nur unter der Voraussetzung ihrer Generalisirung gefordert und gewährt. — Von Verhandlungen Oesterreichs über Handelsverträge mit Frankreich und England konnte bis jetzt um so weniger die Rede sein, als die gegenwärtig in Berlin getroffenen Vereinbarungen nothwendig erst als Vorarbeiten und Vorbereitungen hierzu dienen.“

Bremen, 30. Jan. (Wes. Ztg.) Der Senat hat durch Mittheilung an die Bürgerschaft vom 27. d. M. den Beschluß der Bürgerschaft vom 18. Jan. in Betreff der Erhöhung der Beamtengehalte zugestimmt, so daß also diese mehrere Jahre hindurch verhandelte Angelegenheit jetzt definitiv geordnet erscheint.

Hamburg, 31. Jan. Dem „Neuen Hamburg“ zufolge beabsichtigt die Vereinsbank an Stelle der Banknoten von der Filiale in Altona auf die Vereinsbank gezogene Talerswechsel auszugeben. — Dasselbe Blatt theilt mit: Ueber den

Karlsruhe, 29. Jan. (Wintervorlesung. Fortsetzung.) Die ersten Anläufe dazu reichen bis zu dem Wiener Kongreß zurück. Der um Deutschland so hoch verdienten Freiherrn von Stein war es, der mit feinstfühlendem Takte die kleineren Staaten in die Bahn zu lenken suchte, welche Preußen damals noch nicht betreten zu wollen schien. Gerade für Baden zu wirken bestimmte ihn noch ein besonderer Grund. Nur durch geordnete innere Zustände wurde es nämlich möglich, den Bestrebungen Oesterreichs und Bayerns, nach dem Aussterben der damals regierenden Linie den Breisgau und die Pfalz wieder an sich zu ziehen, ein genügendes Gegengewicht zu bieten. Die Macht der öffentlichen Meinung und die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem bestehenden Zustande waren die notwendigen Bundesgenossen bei der Abwehr dieser Gefahr. Leider waren aber die tatsächlichen Zustände Badens keineswegs so, daß solche Stimmungen sofort Platz greifen konnten. Die frühere schöne Ordnung der Finanzen war in diesem deutschen Grenzlande durch die erdrückende Last des langwierigen Krieges aufs tiefste erschüttert, und zu dieser Zerrüttung kam noch das Siechthum und die daraus hervorgehende Arbeitslosigkeit des Großherzogs Karl. Es bedurfte der durch Stein ins Werk gesetzten Vermittlung der nahe verwandten russischen Majestäten, um denselben zu Ende des Jahres 1814 zu veranlassen, seinen Entschluß zur Bildung von Landständen mit dem Rechte der Steuerbewilligung, der Mitaufsicht auf die Verwendung der Gelder, der Theilnahme an der Gesetzgebung und der Bewachung der Amtsbefugnisse öffentlich zu erklären.

Zu Anfang des Jahres 1815 wurde durch eine Kabinettsordre aus Wien eine Kommission zur Ausarbeitung eines von Freiherrn von Marschall redigirten Verfassungsentwurfs ernannt. Sie bestand aus den Staatsräthen Maier, Herzog und von Davans, Hofrichter von Zyllharb und Hofgerichtsrath von Hennin. Die von diesen Männern rasch erledigte Arbeit kam jedoch gerade nach Wien, als Napoleon in Frankreich landete und die gesetzgebenden Arbeiten wieder dem Kriegsklimate weichen mußten.

Als die Schlacht bei Waterloo der Welt den Frieden wiedergegeben hatte, sollte unter der Leitung des Professors Martin in Heidelberg in bürgerlichen Kreisen der Versuch einer Aenderung zu Gunsten des bürgerlichen Erbschens einer Verfassung gemacht werden; sie wurde gewaltam niedergehalten. Nun aber erhob sich aus der Mitte der Standesherrn und des grundherrlichen Adels eine heftige Opposition gegen die „einseitige“ Verleihung einer Verfassung, zu der sie nicht aus freiem Antrieb eingewilligt hätten. Der Ton dieser Schrift erregte in Karlsruhe große Erbitterung; die Schrift wurde zurückgeschickt, und den Petenten bedeutet, daß sie, wie die andern Staatsangehörigen, Unterthanen seien, und daß es lediglich von der Gnade und dem Wohlwollen des Fürsten abhängt, ihnen bei der Landesrepräsentation formelle Auszeichnungen in der Wahl und Zahl der Vertreter zu gewähren.

Ueberdies erschien ein von dem erbitterten Feinde des alten Adels und seiner Privilegien, dem vom Großherzog Karl zum Freiherrn erhobenen Staatsrath Senburg verfaßtes groß. Manifest, das jenes Vorgehen in ungnädigster Form verwies und zu den Unterthanen jeden Standes die Erwartung aussprach, daß sie vertrauensvoll und mit Ruhe der Entwicklung der Sache entgegenzusehen werden. Im Juli 1816 wurde abermals eine Verfassungskommission ernannt, welche aus den Staatsräthen Eichrodt, Guignard und Senburg bestand; aber sie erzielten keinen Erfolg, weil sich in der Umgebung des Großherzogs wenig aufrichtige Freunde konstitutioneller Grundzüge befanden und es namentlich dem überdies hierzu nicht geeigneten Minister des Auswärtigen, Herrn v. Hake, nicht Ernst mit der Sache war. Ihn ersetzte endlich Freiherr v. Berstett, der mit der wärmsten Anhänglichkeit an Baden und an dem regierenden Hause hing, und dem die Erledigung der Territorial- und Erbfolgestrage eine Herzenssache war. Zwar betrachtete er die Beschränkungen, welche die Verfassungen der südtlichen Gewalt auferlegten, mit Mißtrauen und Abneigung; aber es fehlte ihm gleichwohl nicht das feine

staatsmännische Gefühl für die Macht der momentanen Situation, und er wußte die vorragenden Talente für die von ihm als nothwendig erkannten Ziele zu benützen.

Für die Ertheilung einer Konstitution kämpfte Niemand eifriger als der alte Freund Karl Friedrich's, der hochbediente und reichbegabte Minister v. Reizenstein, welcher das Bedürfnis der einigenden und verjüngenden Kraft verfassungsmäßiger Einrichtungen klar erkannte und von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß nur eine wahrhaft freisinnige Verfassung den gerechten Ansprüchen der Zeit Genüge zu leisten vermochte. Nachdrücklich unterstützt wurde v. Reizenstein von dem Minister v. Marschall und dem tapfern General v. Tetteborn. Auf der andern Seite fehlte es jedoch nicht an ränkevollen Gegnern, welche den Argwohn des kranken Fürsten steigerten und das Verlangen nach einer Verfassung als das Werk eines jacobinischen Komplottes zu verächtlichen suchten. Erst als die beiden Prinzen des Großherzogs geflohen waren, gelang es den scharfsinnigden Räten der Krone, nicht nur die Erbfolge- und Territorialangelegenheit unter wesentlicher Mitwirkung des Marquisen Wilhelm zum entscheidenden Erfolge zu führen, sondern auch die Verleihung der Verfassung allmählig zu verwirklichen, welche letztere auch noch dadurch gefördert wurde, daß jetzt auch von Bayern und Hessen-Darmstadt eine landständische Verfassung in nächste Aussicht gestellt wurde.

Im April 1818 rief das gesammte Staatsministerium dem Großherzog Karl dringend die Ertheilung einer Verfassung an, und noch in demselben Monat wurde der Auftrag zur Abfassung derselben einer Kommission übertragen, in welcher außer den Ministern von Reizenstein und von Berstett noch Staatsrath Wielandt, Geh. Referendar Reinhard und jene beiden Männer Sitz und Stimme hatten, welche in den folgenden Decennien auf die Gestaltung des Staatslebens entscheidenden Einfluß ausübten, Regierungsrath Winter und Finanzrath Rebenius.

(Fortsetzung folgt.)

Schnitt und die Farbe der schleswig-holsteinischen Flagge haben die Allirten eine Verständigung erreicht. Dieselbe besteht aus 3 zum Stock rechtwinklig laufenden Streifen, von denen der eine blau (mit 2 gelben Kugeln oder Sternen), der andere weiß und der unterste Streifen roth ist.

Hamburg, 1. Febr. (W. L.-B.) In Folge der von der norddeutschen Bank beabsichtigten Ausgabe von Solawechseln beantragt der Senat bei der Bürgerschaft, die Emission von Banknoten oder irgendwelchen Zahlungspromessen, die als kurzfristiges Zahlungsmittel von Hand zu Hand geben, nur unter Autorisation durch einen übereinstimmenden Beschluß des Senats und der Bürgerschaft zu gestatten, und jede desfallsige Gesetzesübertretung mit Geldstrafe von höchstens 5 Thlrn. pro Note zu bestrafen.

Altona, 31. Jan. Die freiwillige Lazarethkommission in Altona veröffentlicht einen Bericht über ihre vorjährige Thätigkeit. Wir erfahren daraus, daß reichlich 10,000 Mark für Lazarethgegenstände und zur Verpflegung durchfallender Kranken und Verwundeten verausgabt worden sind. Geldunterstützungen bis zu 50 Mark für jeden erkrankten 172 Oesterreicher und 118 Preußen. Im Ganzen haben 7742 kranke und verwundete Soldaten (6649 Preußen, 1093 Oesterreicher) am Altonaer Bahnhof bei ihrer Durchreise Erquickungen bekommen.

Mendenburg, 30. Jan. (Zeh. Nbr.) In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der schleswig-holsteinischen Vereine wurde beschlossen, wegen täglich eintreffender Zurückziehungen der Anträge auf eine Delegirtenversammlung erst Vorfrage hierüber durch Rundschreiben an die Einzelvereine zu erlassen, sowie die Einzahlung der Beiträge an die Ausschusskasse von Neujahr ab zu sistiren.

Flensburg, 30. Jan. (Nordb. Ztg.) Heute ist Hr. v. Halbhauer bereits nach Schleswig gereist; morgen folgt ihm Hr. v. Zedlitz. Von dem letzteren wurde gestern den Behörden ein Abschiedsbrief gegeben. In einem Toast auf die Stadt Flensburg sprach derselbe aus, daß er sehr gern in Flensburg war, und daß die anwesenden Vertreter der Stadt, der Bürgerschaft seinen Dank für die freundschaftliche Aufnahme zu überbringen. Die Beamten der obersten Zivilbehörde und der schleswig-holsteinischen Regierung siedeln größtentheils heute über. Hier sind die Beamten des Zolldirektorats von Kiel eingetroffen. — Von den verschiedenen Vereinen (Gesangsverein, Turnverein, Kampfgenossen-Verein) wird hier für den 7. Febr., als den Jahrestag des Einrückens der deutschen Truppen in Flensburg, eine Feier vorbereitet.

Angeln, 27. Jan. (Schlesw.-Holst. Ztg.) In einer am heutigen Tage abgehaltenen Versammlung erklärte der Angler Zentralverein seine Zustimmung zu dem am 12. d. M. durch den engern Ausschuss der schleswig-holsteinischen Vereine erlassenen Rundschreiben, und berief sich im Uebrigen auf die von ihm unterm 30. Aug. v. J. erlassene Resolution, und die am 2. Dez. v. J. in Beel angenommene Erklärung, der bis jetzt 2557 selbständige Männer Angeln durch Unterzeichnung ihres Namens beigetreten sind.

Sadersleben, 29. Jan. Man schreibt der „Nordb. Ztg.“: „Da die Dänen bei der Grenzregulirung sich genöthigt gesehen haben, im Westen eine kleine Ausdehnung der Abtretungen zu wünschen, damit die Straße von Ripen nach dem sülischen Lütland, welche früher einige Meilen durch schleswigisches Gebiet über Földingbro ging, aber auch bei Willebüll die Königsau überschreiten kann, ganz auf dänischem Gebiet liege; so werden dafür hessentlich einige Dörfer im Osten, besonders Bastrup, dessen deutschgesinnte Einwohner in den letzten Monaten am meisten zu leiden gehabt haben, vielleicht auch Brandrup wieder gewonnen werden. Dadurch würde auch eine bessere natürliche Grenze ermöglicht werden.“

Berlin, 1. Febr. Mit Unrecht melden hiesige Blätter, der k. österreichische Bevollmächtigte, Geh. Rath v. Hock, sei am Sonntag von hier nach Wien abgereist. Die Verhandlungen der hiesigen handelspolitischen Konferenz sind noch im Gange und sollen einen günstigen Verlauf nehmen. Am Montag und heute haben Konferenzsitzungen stattgefunden. Gestern Abend war Hr. v. Hock auf dem vom Finanzminister veranstalteten Feste. — Sr. Maj. der Königin ertheilte gestern den neu ernannten Vertretern des Königs Viktor Emanuel und des Großherzogs von Oldenburg Audienz zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben. Dabei war der Ministerpräsident v. Bismarck anwesend. Der Graf v. Barral und der Hr. v. Beauclieu hatten gleich darauf auch Audienzen bei Ihrer Maj. der Königin. — Heute früh traf der Prinz Alfred von Großbritannien aus Bonn hier ein und nahm im kronprinzlichen Palais Wohnung. — Der bisherige vortragende Rath im Staatsministerium, Geh. Ober-Regierungsrath Hegel, ist zum Präsidenten des Konstituenten der Provinz Brandenburg ernannt worden.

Berlin, 1. Febr. (W. L.-B.) Die „Provinzialforrespondenz“ sagt:

Das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst wird dem Landtag in wenigen Tagen vorgelegt werden, und zwar, wie jetzt beschlossen ist, zunächst dem Abgeordnetenhaus. — In Betreff der schleswig-holsteinischen Frage dürfte der Stand der Beratungen der preussischen Regierung in kürzester Zeit die bestimmte Mittheilung der unterlässigen Bedingungen und Forderungen vor der Entscheidung über die künftige Regierung der Herzogthümer ermöglichen. Hierbei wird maßgebend sein, daß die Herzogthümer ihre Verpflichtungen gegenüber Deutschland erfüllen, daß Preußen gewährt werde, was es im eigenen wie im Interesse Norddeutschlands zum Schutz der Herzogthümer fordern muß, und daß endlich die Herzogthümer bei Verteilung der Kosten und Lasten möglichst zu schonen seien. Die Behauptungen von einer Einmischung Frankreichs und Englands sind grundlos; auch in der Haltung der Mittelstaaten ist eine ruhige Würdigung der Verhältnisse hervorzugetreten. — Die Verhandlungen mit Oesterreich in Betreff eines Handelsvertrages sind soweit gebiegen, daß die Entscheidung der betreffenden Regierungen über die Genehmigung der entsprechenden Bestimmungen demnächst erwartet wird. Die Differenz bezüglich der öster-

reichischen Weinbesteuerung wird kein Scheitern der Verhandlungen zuwege bringen.

Berlin, 1. Febr. (W. L.-B.) Die „Kreuzzeitung“ schreibt gegenüber einer Angabe der Augsb. „Allg. Ztg.“: Es darf versichert werden, daß zwischen dem päpstlichen Stuhle und der preussischen Regierung durchaus keine Differenzen über die weitere Behandlung der Kölnener Erzbischöfswahl existiren; auch steht zu hoffen, daß solche nicht eintreten werden.

Wien, 31. Jan. Die Wiener „Abendpost“ sagt heute, nachdem sie der Grenzberichtigung zwischen Dänemark und den Herzogthümern Erwähnung gethan:

Im Uebrigen sind die Nachrichten zur Herzogthümerfrage bedeutungslos. In einigen Blättern tritt ziemlich schüchtern das Gerücht auf, daß von Seite der bayerischen Regierung ein neuer Antrag bei der Bundesversammlung vorbereitet werde. So wenig bestimmte Umrisse dies Gerücht bisher angenommen hat, glauben wir doch eben im Interesse einer baldigen und erfreulichen Lösung der schwebenden Fragen, insbesondere der Erbfolgefrage, andeuten zu sollen, daß es wohl kaum gerathen wäre, den Gang der Entwicklung durch neue Incidenzen zu unterbrechen. Die Verögerung, die damit nothwendig eintreten müßte, würde gerade den Wünschen der Regierungen, welche man bisher zur Bundesminorität rechnen mußte, sachlich vielleicht am wenigsten entsprechen.

Wien, 1. Febr. Das „Fremdenblatt“ will bereits genauere Kenntniß von der preussischen Antwort auf die österreichische Depesche vom 21. Dez. haben, und bringt heute eine Analyse derselben, welcher wir folgende Stellen entnehmen:

Preußen will das Gutachten seiner Kronjuristen abwarten, um dann die Interessen- und Besitzfrage zu gleicher Zeit zu behandeln. Die Depesche ist im Ton sehr freundschaftlich gehalten und betont das Bedürfniß Preußens, sich mit Oesterreich zu verständigen. Es wird der Satz hervorgehoben, daß es Preußen unmöglich wäre, ohne Oesterreich in der schwebenden Frage etwas durchzuführen. Preußen und Oesterreich in gemeinschaftlichem Vorgehen würden, wenigstens thatsächlich, den allein entscheidenden Einfluß auf die Regierungsernahme in den Herzogthümern üben. Preußen werde aber wegen seiner Stellung als norddeutsche Macht, sobald es sich um Staatenbildungen im Norden handle, ganz positive militärische und maritime Interessen zu wahren haben. Es wird bemerkt, daß Oesterreich dies wiederholt zugestanden habe, und daß dieser Punkt für Preußen ebenso in's Gewicht fallen würde, wenn es sich um Staatenbildungen an Oesterreichs Südgrenze handeln würde. Bevor die Frage bezüglich der preussischen Interessen bei der Staatenbildung an seiner Nordgrenze definitiv geordnet ist, sieht sich das preussische Kabinett außer Stand, auf die Frage der Uebertragung des Besitzes, selbst des provisorischen, einzugehen. Die Depesche geht dann auf die Bemerkung über, daß das preussische Kabinett gegenwärtig noch nicht in der Lage sei, seine Forderungen in Betreff der Verträge, nämlich der militärischen und maritimen Interessen, zu präzisiren, weil ihm das vollständige Material noch nicht zur Verfügung stehe.

In einem Münchener Briefe der „Konst. Ztg.“ wird der Standpunkt der bayerischen Regierung in der Herzogthümerfrage folgendermaßen skizzirt:

Die Regierung hält jede ohne die Mitwirkung des Bundes vollzogene Lösung der Herzogthümerfrage für ungültig. Gegen die Bewilligung der berechtigten Forderungen Preußens hat man nichts einzuwenden, verlangt aber auch hierbei die Zustimmung des Bundes, da hierin die Garantie liegt, daß diese Forderungen wirklich dem gesammten Vaterland zu Gute kommen. Was das Verhältnis zur Bundespräsidialmacht anbelangt, so ist es nicht richtig, daß die Mittelstaaten die Entscheidung der Herzogthümerfrage überlassen haben; sie konnten dies schon darum nicht thun, weil sie auf den Einfluß nicht verzichten dürfen, der ihnen als Mitglieder des Bundes zukommt; wohl aber hat sich dieses Verhältnis insofern freundlich gestaltet, als man der Ueberzeugung lebt, daß Oesterreich den bundesrechtlichen Standpunkt zu wahren entschlossen ist. . . .

Italien.

Turin, 31. Jan., Abends. Die „Turin. Zeitung“ veröffentlicht eine offizielle Mittheilung der Regierung, worin die Individuen laut getadelt werden, welche an den Demonstrationen von gestern Abend Antheil nahmen, und worin der Haltung der Nationalgarde und der Stadt Turin, welche diese Manifestationen mißbilligt, Lob gesendet wird. Der Brigantenfürer Tamburini ist in Civita-Vecchia von den Franzosen verhaftet und nach Rom in die Engelsburg abgeführt worden.

Messina, 1. Febr. Eine Eruption des Aetna hat in der vorigen Nacht nach mehreren Stößen eines Erdbebens stattgefunden. Die Lava fließt schnell und bedroht mehrere Dörfer.

Franreich.

Paris, 1. Febr. Der „Moniteur“ sucht heute die Gemüther wegen der Vorfälle in Turin zu beruhigen. Er läßt sich von dort schreiben, daß die Aufregung (emotion), welche in den letzten Tagen zu Turin herrschte, nichts Anderes ist, als die Fortsetzung und das Ende der September-Aufregung, und daß die Unruhen, kaum eine größere Tragweite haben, als in Frankreich die vorübergehenden Ruhestörungen zu Tulle. — Der päpstliche Nunzius hat den Bischof von Orleans aus Anlaß der mehrerwähnten Broschüre beglückwünscht. Die „Gazette de France“ veröffentlicht heute den nachfolgenden Text des betreffenden Schreibens:

Paris, 26. Jan. 1866. Mgr. Ich lese so eben Ihre herrliche Arbeit über die Konvention vom 15. Sept. und über die Encyclica vom 8. Dez.; ich bin davon entzückt. Genedignen Sie, Mgr., meine innigsten und aufrichtigsten Glückwünsche. Ich werde dieses beachtenswerthe Schriftstück sofort Sr. Heiligkeit und Sr. Em. dem Kardinal Antonelli mittheilen. Wenn Sie aber dem Papst (Souverain pontife) selbst ein Exemplar schicken wollen, so bin ich, wie immer, zu Ihrer Disposition. Gnaden Verfügen. Mein Kurier geht Samstag Abend ab. Ich kann nicht schlafen, Mgr., ohne Ihnen meine Dankbarkeit auszudrücken für diesen neuen Beweis Ihres Eifers und Ihrer Ergebenheit für die Kirche und den heil. Stuhl und für die mächtige Unterstützung, die Sie neuerdings und so zur rechten Zeit der Sache des

heil. Vaters bringen. Genedignen Sie zc. Flavio, Erzbischof von Myra, apostol. Nunzius.

Wie die „France“ erfährt, wurde die Encyclica weder durch die Kanzel noch durch Hirtenbriefe auf irgend einem Punkt des päpstl. Gebietes veröffentlicht. Diese Veröffentlichung wird erst zur Zeit des Jubiläums, d. i. während der Fasten, erfolgen. In Rom rief der päpstl. Erlaß keinerlei Aufregung hervor, „doch hoffen die Feinde der weltlichen Gewalt — fügt die „France“ bei —, daß die Encyclica ihnen günstige Verwicklungen nach sich ziehen werde.“ — Nächsten Samstag wird sich der Geh. Rath in den Tuilerien unter Vorsitz des Kaisers versammeln. Gegenstand der Besprechung wird zunächst die Frage des unenigentlichen Unterrichts sein. Die Frage des obligatorischen Schulbesuchs scheint bis auf Weiteres vertagt. — Gestern war Ball beim englischen Gesandten. Unter den Anwesenden bemerkte man die Prinzessin Anna Murat, die Wornys, Balawski's zc. Die Doktoren Melaton und Reyer, welche nach Nizza berufen worden waren, sind wieder in Paris eingetroffen. Der Zustand des Großfürsten, welcher sich eine Fußleue verrenkte, indem er seinen Bruder, welcher gefallen war, aufhob, ist günstiger, als man ihn geschilbert hatte.

Börse schwach, Kurse fallend. Rente, erst 67.25, fiel auf 66.90; Cred. mob. 967.50; Dftb. 515; ital. Anl. 65.30.

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Jan. Gestern ist festgestellt worden, daß Hr. v. Luube den Posten eines Gesandten in Berlin wieder übernimmt, daß er aber erst nach Verlauf einiger Wochen denselben antritt. Vorläufig fungirt Baron Guldencrone als sein Vertreter; derselbe verbleibt aber auch nach dem Eintreffen des Gesandten als Legationssekretär in Berlin. Die diplomatische Vertretung Dänemarks in Berlin ist also ganz auf dem früheren Fuß wieder eingerichtet. Ob auch in Wien die dänische Regierung wieder durch einen Gesandten oder, wie gegenwärtig, bloß durch einen Geschäftsträger vertreten werden soll, ist noch nicht entschieden. Die Finanzverhältnisse des Staats dürften hiebei den Ausschlag geben und diese erheischen allerdings die möglichste Einschränkung des diplomatischen Apparats.

Kopenhagen, 28. Jan. Das Reichstags-Landsting beschäftigte sich gestern und heute in zweiter Lesung mit dem Entwurf zu dem neuen Strafgesetze. Die meisten Amendements des Ausschusses wurden bis jetzt unter Zustimmung der Regierung von der Kammer gutgeheißen. Der früher mitgetheilte Antrag des Ausschusses auf Streichung des die Bestrafung politischer Verbrechen betreffenden § 79 des Entwurfs wurde dagegen von dem Justizminister v. Helgen auf das heftigste bekämpft und es wurde von dieser Frage die Bestätigung des Gesetzes durch den König abhängig gemacht. Democh empfahlen die Wortführer, Höchstengerichts-Assessor Brod, der Etatsrath Krüger und andere hervorragende Juristen, das zum Schutz des Skandinavismus gestellte Amendement; ein Vermittlungsvorschlag Radvig's dürfte eben so wenig bei den Ausschussmitgliedern, als bei dem Ministerium Anklang finden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 26. Jan. (Hamb. Nbr.) Der österreichische Gesandte am hiesigen Hof, Graf Karnicki, ist hier wieder eingetroffen. Gestern starb einer der berühmtesten Männer Schwedens, nämlich der Graf Karl Henrik Anckarström, in seinem 83. Lebensjahre. Derselbe nahm in den Jahren 1808 bis 1809 am Krieg in Finnland Theil und war dann im Jahr 1809 Leiter der Revolution; im Jahr 1813 ging er als Oberst mit dem schwedischen Heer nach Deutschland, wurde aber bald darauf auf Grund eines Briefes an den damaligen Kronprinzen Karl Johann, in welchem er sich mißbilligend über die Politik Schwedens aussprach, zurückgezogen und entlassen. Seine parlamentarische Thätigkeit begann er im Jahr 1817 und schloß sich auf dem Reichstag der Opposition im Rittershaufe an, deren Führerschaft er bald nachher und mehrere Jahre lang übernahm.

Levantepost.

Marseille, 1. Febr. Briefe aus Konstantinopel vom 25. v. M. melden den Bruch der Unterhandlungen, welche wegen einer Anleihe mit zwei englischen Häusern angeknüpft worden war. — Die entlassenen Soldaten weigern sich, in ihre Heimath zurückzukehren, bis zur Auszahlung des bedeutenden ihnen gebührenden rückständigen Soldes. Einstweilen fährt die Regierung fort, die Kosten ihres Unterhaltes zu tragen. Es ist die Rede davon, die Güter der Moscheen zu säkularisiren. Auch spricht man davon, den Fremden das Recht des Besitzthums zu verweigern, aber mit Einschränkungen, welche den Gesandten nicht zusagen.

Großbritannien.

London, 31. Jan. Die „Times“ bespricht die neueste Nachricht aus Amerika, nämlich der Einnahme des Forts Fisher vor Wilmington. Sie sagt:

Das Gelingen der zweiten Expedition gegen Wilmington ist für diesen eifrigen, aber unglücklichen Befehlshaber (Butler) ein peinliches Verdammungsurtheil, als irgend eines, das ein Kriegsgesicht fällen kann. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß Kühnheit im Kriege die beste Politik, und Berechnung oft die Vorläuferin der Thatlosigkeit ist. Wir hatten kaum den Bericht erhalten, in welchem General Butler treffliche Gründe dafür angab, warum Fort Fisher nicht genommen werden könne, als der Telegraph die Meldung brachte, daß die Sache gethan ist. Die Energie, mit der dieses Unternehmen betrieben wurde, macht der Militärverwaltung in Washington alle Ehre. Dem Säben keine Frist und Erholung, keine Gelegenheit zur Aufristung seiner Kräfte und zu neuen Rüstungen zu gönnen, das ist die Politik des Kabinetts, und sie ist selbst mit Aufopferung eines so ergebenen Dieners, wie General Butler ist, durchgeführt worden. . . . Mitten im Winter, inmitten der Gefahr plötzlicher Stürme an einer sehr gefährlichen Küste, haben die Unionisten ihren letzten Sieg erfochten, und es kann ihnen gelingen, den letzten bedeutenden Hafen des Südbundes ganz zu sperren oder zu zerstören. In Bezug auf die Wirkung, welche die Einnahme des Forts Fisher und die künft-

tigen Operationen Terry's und Porter's auf den auswärtigen Handel der Konföderation haben können, klingen die Behauptungen des Südens zuverfichtlich, aber es ist ihnen kaum zu trauen. Sie läugnen, daß der Verlust des Forts den Strom sperren werde; aber wenn dies auch wahr sein mag, so ist es doch schwer zu glauben, daß die Erstürmung des Forts nicht zu anderen Erfolgen führen werde, die entweder Wilmington in die Gewalt der Unionisten bringen, oder als einen Hafen für Blockadebrecher nutzlos machen werden.

Kurz, die „Times“ läßt sich durch ihre Sympathien für den Süden nicht verblenden, und macht sich über die Thatfachen keine Täuschung, wie manche andere Blätter.

Auch die „Post“ erkennt die Solidität des von den Nordstaatlischen errungenen Sieges an, aber sie findet es merkwürdig, daß der Norden gerade im Augenblick, da ihm das Kriegsglück lächelt, Versuche zu einer Belagerung des Streites mache. Die „Post“ scheint überzeugt, daß die Initiative der Friedensunterhandlung vom Washingtoner Kabinete ausgehe.

Der Kardinal Wiseman ist schwer erkrankt.

Die englischen Missionäre auf den Inseln Biju, Maté und Una haben seit einiger Zeit Klage darüber geführt, daß der französische Gouverneur von Neucaledonien, zu dessen Verwaltungsbezirk die genannten Eilande gehören, die Freiheit nicht nur der protestantischen Geistlichen, sondern auch der zum Protestantismus übergetretenen Eingebornen auf unverantwortliche Weise beschränkt, vor Allem, indem er den englischen Predigern den Gebrauch der Landessprache untersagt habe und somit ihr Missionswerk vollständig zu vereiteln drohe. Die Londoner Missionsgesellschaft hat sich deshalb an Carl Russell gewandt, mit der Bitte, er möge durch seinen Einfluß bei der französischen Regierung eine Aenderung jener Zustände herbeizuführen suchen. Lord Russell war diesem Gesuch schon zuvorgekommen und hatte dem britischen Botschafter in Paris die nötigen Weisungen zugehen lassen. Der Schatzmeister der Londoner Gesellschaft, das Parlamentsmitglied A. Kinnaird, hat nun jetzt folgende befriedigende Mittheilung vom Ministerium des Auswärtigen erhalten:

Mein Herr! Im Auftrag Carl Russell's benachrichtige ich Sie, daß auf Sr. Vorherrschaft Anweisung Ihrer Majestät Botschafter in Paris die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf gewisse feindselige und bedrückende Maßregeln gelenkt hat, die sich die französischen Behörden von Neu-Caledonien gegen protestantische Missionäre auf der Insel Biju erlaubt haben sollen, und welche den Gegenstand der vom 2. d. datirten und von Ihnen und Andern im Namen verschiedener englischer Missionsgesellschaften unterzeichneten Petition bildeten und welche gleichfalls von dem Gouverneur von Neu-Schwalez an Ihrer Majestät Staatssekretär für die Kolonien berichtet worden waren. — Ich habe Ihnen mitgetheilt, daß Lord Cowley die Anzeige gemacht hat, daß der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten sein Bedauern über die zur Klage Anlaß gebenden Vorfälle ausgesprochen und sich bereit erklärt hat, mit dem Marine- und Kolonialminister sich diesbezüglich in Beziehung zu setzen. Sr. Excellenz hat zu gleicher Zeit Lord Cowley die Versicherung gegeben, daß die schärfsten Vorschriften abgegangen seien, um einer Wiederholung der Vorfälle vorzubeugen, und daß die kaiserliche Regierung, weit entfernt von dem Wunsche, die Arbeiten der protestantischen Missionäre auf den Lokalitätsinseln zu behindern, vielmehr von dem Bestreben befehle sei, dieselben zu fördern und zu beschützen. — Ich bin &c. E. Hammonb.

Unis.

Dem „Pays“ zufolge scheint es gewiß zu sein, daß in Folge eines ziemlich ernsthaften Kampfes die vereinigten Truppen Sidi-Mu-Bey's und des Generals Rustem die tunesischen Empörer vollständig geschlagen haben. Ungeachtet seiner Erfolge kann General Rustem nur schwierig einen Feldzug verfolgen, der sich in unzugänglichen Bergen seiner Artillerie entzieht. Unterhandlungen mit den Insurgenten im Westen haben noch keine Resultate herbeigeführt.

Amerika.

Mexiko. Der Pariser „Moniteur“ theilt den bereits bekannten Brief des Kaisers Maximilian über die Regelung der kirchlichen Streitfragen in Mexiko mit und fügt bei:

Dieser Brief wurde nach einer Zusammenkunft geschrieben, welche am 21. Dez. zwischen dem Kaiser und dem apostolischen Nuntius stattgefunden hatte. Der Kaiser soll in dieser Zusammenkunft als die Grundlagern für das abzuschließende Konkordat folgende vier Sätze aufgestellt haben:

- 1) Aulung aller Kulte, die nicht gegen das bürgerliche Gesetz verstoßen, und Anerkennung des Katholizismus als Staatsreligion.
- 2) Endgiltige und förmliche Anerkennung der Säkularisation der Kirchengüter.
- 3) Reduktion des Klerus durch den Staat.
- 4) Vorbehalt von Seiten der Regierung des Rechts, in der ihr angemessenen Zeit und Ausdehnung die Führung von Zivilstandsregistern in Mexiko einzuführen.

Außerdem habe die mexikanische Regierung angekündigt, daß sie die alten Negalien der spanischen Krone, gegenüber dem Klerus, insbesondere die Investitur der Prälaten, die Oberaufsicht über weltliche Angelegenheiten, die Regelung der geistlichen Sporeten, und die Beschränkung der Zahl religiöser Bruderschaften und klösterlicher Orden für sich in Anspruch nehmen werde.

Die Angaben des „Moniteurs“ sind dem offiziellen Blatt des mexikanischen Kaiserreichs vom 29. Dezember 1864 entnommen.

* **Mexiko, 29. Dez.** Der Korrespondent der „Daily News“ erwähnt das bekannte Schreiben des Kaisers Max an den Justizminister, der darin beauftragt wird, einen Plan zur selbständigen Lösung der Kirchenfragen zu entwerfen, und meint: „Dies steht einem Bruch mit Rom sehr ähnlich.“ Wir entlehnen derselben Korrespondenz noch folgende Mittheilungen:

Ueber die Operationen vor Cajaca, wo Porphyrio Diaz mit 7000 „Disidenten“ (so nennt man die Anhänger des Juarez) dem etwa 3000 Franzosen bestehenden General Courtois d'Herbal gegenübersteht, verläutet sehr wenig. Vorige Woche wurde mehrmals mit Zuversicht behauptet, daß die Franzosen eine starke Schluppe erlitten hätten, und daß der Marschall Bazaine selber auf dem Punkt stände, die Hauptstadt zu verlassen und sich an die Spitze der Truppen zu stellen. Ich sehe aber noch immer täglich den Marschall Morgens seinen Spazierritt im Paseo (dem Corso von Mexiko) machen, und werde es nicht glauben, daß er geht, bis er wirklich fort ist.

Die neuesten Berichte über Juarez sagen, daß er von der vereinigten französisch-mexikanischen Streitmacht in die Provinz Chihuahua getrieben worden ist, wo die Indianer ihn als Feind ansehen und sehr in die Enge treiben. Von Juarez persönlich hat die Regierung — für jetzt wenigstens — wenig mehr zu fürchten.

Nach Allen, was der Kaiser und die Kaiserin für diese Nation durchgemacht haben, ist es höchst erfreulich zu hören, daß man hier überall von ihnen nur Gutes redet. Den Luxus ihres jugendlichen Miramir aufzugeben und sich auf ein gewagtes überseeisches Unternehmen einzulassen, das war kein geringes Opfer, und an sich ein sicheres Zeichen von einem nicht gewöhnlichen Charakter. Wenn ich mir nicht selbst die Mühe genommen hätte, die Thatfachen zu erwahren, so würde ich unmöglich die Entbehrungen, welche der Kaiser und die Kaiserin bei ihrer Ankunft in Mexiko zu ertragen hatten, für wahr gehalten haben. Zwei englische Meilen von Mexiko, auf einem aus der Ferne sichtbaren Felsen, inmitten eines Haines von urwälderartigen Cypressen, sieht Chapultepec, der Sommeraufenthalt des Kaisers. Während der Anarchie der letzten Jahre wurde der Palast in eine Kaserne verwandelt, und als der Kaiser hier ankam, war nicht einmal ein Bett im Gebäude. Drei Nächte lang schliefen der Kaiser und die Kaiserin in einer unmodernen Stube auf Matrasen am Boden. Dies war die Bequemlichkeit, die sie vorfinden nach einer Reise von 250 englischen Meilen von Vera-Cruz hierher, auf Straßen, deren infame Schmutzigkeit in keinem Lande der Welt ihres Gleichen hat. In der Regenzeit, während deren der Kaiser seine Reise ins Innere machte, fand mandamal der Schlamm im Wagen selbst einen Fuß hoch. Dies sind nur einige Beispiele.

Unter den Ausländern, die in diesem neuen Kaiserreich ihr Glück suchen, zeichnet der Kaiser die Polen durch besondere Gunst aus, und er hat unlängst bei mehreren Gelegenheiten mit bemerkenswerther Offenheit seine tiefe Sympathie für dieses unglückliche Volk ausgesprochen. Seine Gefinnungen scheinen lebhaft von der Kaiserin getheilt zu werden, die von früherer Jugend an der politischen Sache warm zugehen war. In einer Unterredung mit einem ausgezeichneten jungen polnischen Offizier, der ein vertrauter Freund von mir ist, erklärte der Kaiser unlängst, er habe den ersten Wunsch, in Mexiko ein zweites Polen zu gründen, und so viele Polen als möglich in sein neues Reich zu ziehen. „Ihr Polen“ — sagte er — „sollt hier vollenkommenen Freiheit genießen, und Euren eigenen Glauben und Eure Staatsrechte wie vor Alters wählen. Ihr werdet hier eine Heimath finden, und ich will Euer Vater sein.“ Diese Worte sprach er in tiefer Bewegung, hinzuweisend: „Eure Leiden haben der Kaiserin manche schlaflose Nacht verursacht.“

Baden.

Karlsruhe, 2. Febr. Zum Pfarrere an der hiesigen 4. Pfarrstelle wurde heute von der Kirchengemeinde-Versammlung Hr. Garnisonprediger Längin dahier mit 64 von 83 Stimmen gewählt.

Heidelberg, 1. Febr. Veranlaßt durch eine Adresse der klerikalen Partei in der Schulfrage hat gestern hier eine zahlreiche Versammlung freisinniger Katholiken stattgefunden. Diefelbe wurde — wie man dem „Mannh. Journ.“ schreibt — von dem Bürgermeister Krausmann eröffnet und wählte dann den Geh. Rath Mittermaier zum Vorsitzenden. Dankend für das ihm geschenkte Vertrauen schilderte derselbe den Zweck der heutigen Zusammenkunft und widerlegte die Behauptungen in der Adresse der klerikalen Partei. Darauf entspann sich eine Diskussion darüber, welche Punkte in einer Gegenadresse hervorzuheben seien. An dieser Diskussion theilnahmen sich die H. Dr. Herrh, Prof. v. Dusch, Friedrich, Krausmann, Dr. Wolf, prakt. Arzt Dr. Mittermaier. Eine Kommission der Versammlung regirte diejenige Vormittag die Adresse, welche sodann in verschiedenen Lokalen zur Unterzeichnung aufgelegt wird.

Vermischte Nachrichten.

— **Jena, im Januar.** In den Sommer dieses Jahres fällt das 50jährige Jubiläum der Gründung der Jenaischen Burschenschaft. Die Feier dieser Tage zunächst einzuleiten, hielten sich die jetzt in Jena studirenden Burschenschaften für verpflichtet, und es sind zu gemeinsamer Berathung über die ersten Vorbereitungen dieses Festes Vertreter der drei Jenaischen Burschenschaften bereits zusammengetreten. Es wurde beschlossen, die Feier von dem 12. Juni, dem eigentlichen Stiftungstag der Jenaischen Burschenschaft, auf die Mitte August, etwa in die Zeit des 15. des Gründungsstages der Universität, zu verlegen. Da nämlich den meisten früheren Burschenschaftern in ihrer Stellung als Beamte, Advokaten, Lehrer, sowie jenen, die noch auf andern Universitäten studiren, es kaum möglich sein dürfte, im Juni nach Jena zu kommen, da Gerichts-, Schul- und Universitätsferien erst Anfang August beginnen, kam dieser Beschluß in Uebereinstimmung vieler alter Jenaischer Burschenschafter zu Stande.

— **Wien, 29. Jan. (N. Fr. P.)** Die drei Punkte, in denen die Professorenadresse gipfelt: Ausschließung der Doktorkollegien, Zulassung der Professoren evangelischer Konfession zu den akademischen Würden, und Umgestaltung des Konfessoriums zu einem lediglich aus Professoren bestehenden akademischen Senat, enthalten keine neue Forderungen, sondern nur Das, was seit Jahren den Gegenstand von Verhandlungen und auch neuerdings wieder den Inhalt jener Gutachten über die Universitätsreform bildet, welche, im Wesentlichen übereinstimmend, von den drei weltlichen Professorenkollegien auf Verlangen der Staatsregierung sind erstattet worden. Seit Monaten schon liegen diese Gutachten bei dem Konfessorium, um dort beraten zu werden. Mit welchen geringen Erwartungen die Professorenkollegien, durch langjährige Erfahrung gewöhnt, den Beschüssen dieser Behörde entgegensehen, und wie wenig sie hoffen, daß ihre gerechten Wünsche und Forderungen dort Beachtung finden werden, ist in der Adresse gleich zu Anfang ausgesprochen, und gerade dieser Mangel an Vertrauen als der Hauptbeweggrund zu dem außerordentlichen Schritt bezeichnet worden. Und in der That war das Mißtrauen, wie der weitere Verlauf zeigt, ein nur zu wohl begründetes, denn der erste Beschluß, den das Konfessorium bei den nun begonnenen Beratungen über das neue Statut und die darüber eingehenden Gutachten faßte, lautet mit 7 Stimmen gegen 4 (der Direktor und juristische Professorenbeirat, beide Nichtunterzeichner der Adresse, waren „mit Entschuldigung“ abwesend) auf Nichtzulassung von protestantischen Professoren zu akademischen Würden.

* **Wien, 31. Jan.** Der Hofkapellmeister und Regisseur des Hofburgtheaters, Carl Fichtner, der heute nach einem vierzigjährigen

künstlerischen Wirken von der Bühne scheidet, wurde von dem Kaiser durch Verleihung des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens ausgezeichnet.

Ueber die Katastrophe am Pfäffiker See vernimmt man, daß die verjunktene Fläche 2 1/2 Zucharten beträgt, und es befindet sich das anstehende Land in Gefahr, nachgeholt zu werden. Der Landungsplatz mit Badhaus, ein Zimmerplatz, Gartenhaus, Streubiederer und ein Stück Straße sind verschwunden; auch ist die dortige Käsehütte nicht mehr zu benützen. Mit Bangen sieht man dem Aufstauen des Eises entgegen und fürchtet, daß der angrenzende Boden, welcher mit Rissen durchzogen, auch versinken werde.

Der niederländische „Staatscourant“ veröffentlicht den Stand der holländischen Handelsflotte, welcher sich gegen den Stand derselben Ende 1863 wenig verändert hat. Während 1863 2231 Schiffe mit 539,000 Tonnen in Fahrt waren, ist der Stand 1864 2271 Schiffe mit 543,000 Tonnen. Die Kauffahrtsflotte zählt jetzt 11 Klipper, 117 Fregattenschiffe, 323 Barken, und 390 Schooner, zusammen mit 440,000 Tonnen, 43 Seebampier mit 1860 Tonnen. Die übrige Tonnage vertheilt sich auf 1165 kleine Schiffe, als Galeassen, Kofis, Kutter &c. Da nun der Rest 30,000 Tonnen vorstellt, so messen diese durchschnittlich 25 Tonnen. Die Zahl der eingelaufenen Schiffe war 8561, wovon 566 mit Ballast; die Tonnage dieser Schiffe war insgesamt 1,800,000 Tonnen. In Rotterdam war die größte Handelsbewegung, zu welcher der lebhafteste Dampfschiff-Verkehr mit England und dem Rhein viel beiträgt. Unter den kleineren Häfen beginnt Harlingen sichtlich vorwärts zu gehen, während Amsterdam jährlich zusehends zurückgeht.

* **London, 31. Jan.** Der südliche Theil der Hauptstadt hat vor wenigen Stunden sein beliebtestes Schauspielhaus verloren. Es ist jetzt die Zeit der Pantomimen, in welchen Feuerwerke und Lichteffekte eine bedeutende Rolle spielen; und wosfern eine genauere Untersuchung und nicht eines Andern befehrt, wird hierin die Ursache der Feuerbrunst zu suchen sein, welche das Surrey-Theater in einer Trümmerhaufen verwandelt hat. Als der letzte Akt einer Pantomime eben in Szene gehen sollte, erblickte der Clown über sich an der Decke der Bühne einen grellen Lichtschimmer, dem bald durchbrechende Flammen folgten. Der Bühnendirektor trat sofort an die Lampen und ersuchte das Publikum, welches glücklicher Weise nicht mehr zahlreich vertreten war, sich in Ordnung zu entfernen. Dies geschah, ohne daß ein Unfall von schlimmeren Folgen sich zugetragen hätte. Auch das gesamte Bühnenpersonal, darunter eine Anzahl kleiner Mädchen, war in Sicherheit gebracht, ehe die Flammen den Rettungsweg abschritten. Ungeheuer schnell griff das Feuer um sich, in einer halben Stunde füllte das Dach ein, und die Luft schoß hoch in die Luft empor, ihren Schein meilenweit über die Hauptstadt hinwerfend. Die herbeieilende Feuerwehr vermochte dem Brand nicht Einhalt zu thun, als bis um drei Uhr diesen Morgen das ganze Gebäude und einige anstehende Häuser in Asche lagen.

Ob Postvorschuß Fieberdick löbte? Der Bürgermeister eines kleinen Dorfes im Fulda'schen berichtete an den öffentlichen Ankläger: „daß dem Ortsbürger R. N. am verwichenen Abend sämmtliche Hühner mit „Postvorschuß“ vergiftet worden seien.“ Die Staatsbehörde, ihrer akademischen Vergangenheit eingedenk und sonach nicht unvertraut mit den oft bedenklichen Wirkungen dieser Spezies auf Koffer, Pakete und Briefe, kannte gleichwohl eine Anwendung wie vorliegend nicht und ließ daher den Berichtsteller persönlich vor sich fordern. Auf diesem Wege stellte sich denn heraus, daß der Mann allerdings nicht beabsichtigt hatte, die Terologie um eine neue Giftform zu bereichern, sondern in dem Verjuche, ein Fremdwort auszubrüden, nicht ganz glücklich gewesen war. Er hatte „Phosphorus“ schreiben wollen. Thal sagte die Staatsbehörde.

Karlsruhe, 2. Febr. Durch Wünsche aus dem Zuhörerkreis veranlaßt, hat sich Hr. Dr. W. Jordan entschlossen, an vier weiteren Abenden den Vortrag seines Nibelungenliedes fortzusetzen. Spricht diese Thatfache schon für den Erfolg, den der Dichter bisher errungen hat, so müssen wir beifügen, daß der Beifall wie der Wunsch bisher von Vortrag zu Vortrag gestiegen ist und daß man mit allgemeiner Spannung der Fortsetzung des neugefalteten herrlichen urdeutschen Epos entgegenfiehet. Hr. Jordan wird den zweiten Cyclus seiner Recitation nächsten Montag 6. d. beginnen.

Karlsruhe, 1. Febr. Bei der heutigen Serienziehung der badischen 50-fl.-Loose sind folgende Nummern gezogen worden:
Nr. 6. 34. 43. 46. 49. 71. 72. 91. 102. 104. 115. 131. 133. 140. 151. 153. 155. 171. 173. 177. 184. 190. 191. 192. 205. 209. 214. 219. 225. 237. 242. 252. 261. 263. 269. 274. 287. 294. 295. 312. 324. 328. 338. 339. 341. 344. 347. 352. 355. 356. 363. 369. 372. 375. 383. 397. 403. 411. 415. 417. 418. 434. 447. 451. 455. 457. 461. 463. 464. 468. 473. 474. 476. 488. 491. 496. 507. 513. 532. 536. 537. 550. 551. 562. 568. 583. 620. 621. 640. 643. 661. 666. 670. 672. 676. 679. 689. 707. 718. 725. 751. 763. 786. 793. 795. 799. 816. 834. 850. 856. 865. 874. 875. 900. 904. 905. 908. 915. 929. 931. 937. 952. 961. 975. 976. 983. 992. 993. 995. 998.

Wien, 1. Febr. Bei der heutigen Ziehung der 1860er Loose wurden folgende Serien gezogen: 82, 252, 435, 578, 696, 808, 1065, 1214, 1262, 2816, 3011, 3697, 4490, 5253, 5676, 6269, 6330, 6419, 6906, 7046, 7273, 8327, 8361, 8386, 10,030, 10,319, 10,434, 11,068, 11,123, 11,354, 11,566, 12,065, 12,118, 12,200, 12,727, 12,980, 13,234, 13,262, 13,856, 14,040, 14,357, 14,625, 14,661, 14,719, 14,787, 15,044, 15,776, 16,142, 16,298, 16,809, 17,283, 17,360, 17,899, 18,371, 18,978. Bei der heutigen Verlosung der alten Staats Schuld wurden die Serien 236 und 252 gezogen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 123 ^m	+ 30	S.W.	ganzen bew.	trüb, dunstig, nach
Mittags 2	„ 0,53 ^m	+ 65	„	„	regnerisch
Nachts 9	„ 1,03 ^m	+ 6,0	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 3. Febr. 1. Quartal. 18. Abonnementsvorstellung. **Ein Sommernachtstraum;** phantastisches Lustspiel in 3 Akten, von Shakespeare, übersetzt von Schlegel, mit Musik von Mendelssohn.

3.8.702. Durlach. Heute früh um 8 Uhr verschied nach wehrwöchentlicher Krankheit unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, Lisette Dell dahier. Sie brachte ihr thätiges Leben auf 72 Jahre.

Indem wir dieses unsern entfernten Verwandten und Freunden anzeigen, bitten wir um stille Theilnahme.

Durlach, den 2. Februar 1865.
Die Hinterbliebenen.

3.8.684. Im Laufe dieses Frühjahrs erscheint:

Das badische Landrecht

mit Einschluß der noch geltenden Titel IX, X, XI u. XII des als Anhang zum Landrecht verkündeten Handelsrechts annotirt nach den Entscheidungen der bad. Gerichtshöfe und der bad. Doktrin von

K. Kab,
groß. bad. Oberamtsrichter.
Ergänzungsheft.

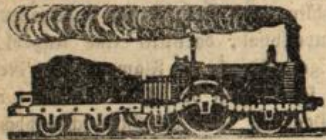
Nachdem seit Erscheinen der ersten Lieferung dieses Werkes mehr als 8 Jahre umflossen sind, hat es der Hr. Verfasser, um dasselbe brauchbar zu erhalten, für ein Bedürfnis erkannt, den bisher in der bad. Literatur reichlich angewachsenen Stoff mit den durch das neue Gesetz über die Rechtsprechung eingetretenen Änderungen in einem Ergänzungshefte erscheinen zu lassen.

Wir machen die Besitzer des Werkes vorläufig hierauf aufmerksam.

Freiburg, im Januar 1865.

Literarische Anstalt.

3.8.703. Nr. 3946. Karlsruhe. Bekanntmachung.



Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die seit her bestehende Brücke in Marxau auf zwei Kreuzer festgesetzt gewesene Kollgebühre für die Beförderung der Güter zwischen den Bahnhöfen in badisch und bayerisch Marxau vom 4. Februar d. J. an auf drei und einen halben Kreuzer pro Centner, ohne Unterschied, ob die Brücke steht, oder abgeführt ist, erhöht worden ist.

Karlsruhe, den 2. Februar 1865.

Direktion der groß. bad. Verkehrs-Anstalten.
B. B. d. D.
Poppau.
Merkel.

Bekanntmachungen

aller Art
In sämtliche deutsche, französische, englische, russische, dänische, holländische, schwedische etc. Zeitungen werden prompt zu dem Original-Insertionspreis ohne Anrechnung von Porti oder sonstigen Spesen besorgt und bei grösseren Aufträgen entsprechender Rabatt gewährt.

Annoncenbureau

von Jllgen & Fort in Leipzig.
Unser neuester Zeitungs-Catalog nebst Insertionsstarif steht auf franco Verlangen gratis und franco zu Diensten.

3.8.686. Empfehlung.

Die Unterzeichneten empfehlen ihre Düngerpräparate, als: gestampftes und gedämpftes Knochenmehl, Superphosphat, Weinberg- und Wiesendünger. Preislisten stehen franco zu Diensten.

Chemische Fabrik bei Karlsruhe.
Otto Pauli.

3.8.680. Gesucht

wird ein Accidenzdrucker zur Aus- hilfe, vielleicht auch auf Dauer, zu sofortigem Eintritt. Frankirte Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes.

3.8.708. Forzheim.

Barbiergehilfe,

ein gewandter, welcher zugleich oder doch in kurzer Zeit eintreten könnte, wird gesucht.

Serrmann Oberle,
Chirurg.

Kellner-Gesuch.

3.8.624. Ein braver junger Mann, der Französisch spricht, eine reine Handschrift führt, und gut empfohlen ist, findet in einem Gasthof des bad. Schwarzwaldes eine dauernde Stelle. Der Eintritt kann bis 1. März d. J. geschehen. Näheres unter Nr. 117 besorgt die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Groß. landw. Gartenbauschule Karlsruhe.

Nach Ausrückung der Beiträge mit Samenhandlungen beginnt am 1. Febr. in unserer Anstalt vor dem Friedrichsthor der hiesigen Orts angeordnete Selbstverkauf von Sämereien, Obstbäumen u. Aehn. [3.8.638.]

3.8.299.

Kunst-Ausstellungen.

Die vereinigten Kunst-Vereine in Regensburg, Bamberg, Würzburg und Wiesbaden veranstalten in den Monaten November und Dezember 1864 und Januar bis August 1865 incl. gemeinschaftliche Ausstellungen von 8- bis 14tägiger Dauer, unter den bekannten Bedingungen für die Einwendungen, von welchen nur diejenige hervorgehoben wird:

daß alle Kunstwerke in den Monaten November 1864 bis Mai 1865 zuerst nach Regensburg oder nach Wiesbaden, in den Monaten Juni bis August 1865 aber jedenfalls zuerst nach Wiesbaden einzuliegen sind.

Die verehrlichen Herren Künstler werden daher zu zahlreicher Einwendung ihrer Kunstwerke eingeladen.

3.8.43. Karlsruhe.
Die von Grover & Baker er- fundene Nähmaschine,
seit vielen Jahren erprobt und berühmt, deren Bedarf und Nachfrage sich zusehends steigert, wovon die enorme Zahl von 88,000 Stück verkaufter Maschinen das beste Zeugniß gibt, ist in 14 verschiedenen Nummern und Größen, für alle Gewerbe und Zwecke, sowie alle einzelnen Maschinenteile nur echt zu beziehen durch
L. Spies, Herrenstraße 23.
Nebst diesen sind zu haben Wheeler & Wilson, Howe, Web, Wanger, Wilcox & Gibbs, sowie verschiedene Handnähmaschinen, und kann bei Ankauf einer Nähmaschine nach 6 Wochen dieselbe umgetauscht werden, bis sie dem Zweck entspricht.
Faden, Seide, Del. Garantie. Zahlungs- erleichterungen. Sämmtliche Nähmaschinen-Apparate und Unterricht gratis.

Der Versandt des Leutewitzer Runkelrüben-Samens

geschieht im Februar. Wie bekannt, zeichnet sich der hier gebaute Samen sowohl durch die Ertragsfähigkeit der Sorte (knospenförmig, meist über der Erde wachsende Rübe mit wenig Wurzel), als durch seine sichere Keimfähigkeit aus, weil er in Beziehung auf alle diese Eigenschaften mit der größten Sorgfalt gezogen ist. Von allen Landwirthen, welche bei dem gesteigerten Bedürfnis an Futter dem Rübenbau als demjenigen sich zugewendet haben, der die höchsten Erträge ergibt, geht mir über die Verwendung des von mir bezogenen Samens die erfreulichste Anerkennung zu, und kann ich denselben daher mit vollem Rechte empfehlen.
Preis: das Pfund 12 Sgr. 8 Pf., der Zollentner 42 Thlr. 20 Sgr., exclusive Verpackung.

Frankirte Bestellungen werden, soweit die Ernte reicht, prompt ausgeführt.
Leutewitz und Lötzhain bei Meissen in Sachsen, im Februar 1865.
Adolph Steiger.

3.8.676. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Mit höherer Genehmigung wird Mittwoch den 8. d. M., Morgens 10 Uhr, in dem nördlichen Erbprinzengarten das Gebäude, worin seit her die Alterthümer aufgestellt waren, nebst einigen andern kleineren Gebäuden, auf den Abbruch versteigert. Die Steigerungsbekanntmachung wird hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß diese Gebäude von heute an bis den nächsten Mittwoch eingesehen werden können, und die Bedingungen bei dem in dem Pavillon wohnenden Diener aufstehen.
Karlsruhe, den 2. Februar 1865.

Lahrer Eisenbahn.

3.8.641. Die Ausführung nachbenannter Arbeiten für die Lahrer Eisenbahn soll im Wege des öffentlichen Submissionsverfahrens an Unternehmer verdingt werden:
Erdbarbeiten, Bau- und Wegverlegungen ver- anlagt zu 9000 fl.
Maurer- und Steinhauearbeit für Brücken und Dohlen veranschlagt zu 6100 fl.
Pläne und Kostenanschläge, sowie die Submis- sionsbedingungen können täglich auf dem Eisenbahn- bureau dahier eingesehen werden.

Die Offerten sind versegelt und mit der Aufschrift: Submission zur Uebernahme von Arbeiten der Lahrer Eisenbahn, bis spätestens den 7. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, an uns einzuliefern, zu welcher Zeit die Eröffnung der Offerten im Rathhause dahier öffentlich erfolgen wird.
Lahr, den 23. Januar 1865.
Verwaltungsrath der Lahrer Eisenbahngesellschaft.
A. A.:
Gemblerle.

3.8.651. Durmersheim. Holzversteigerung.

Die Gemeinde Durmersheim läßt bis Montag den 6. Februar d. J. in ihrem Oberwald, Morgens 9 Uhr anfangend, nach- beschriebene Holzsorten versteigern:

- 1) 113 Eichenämme, wovon sich einige zu Holländer- und das übrige zu Bau- und Kuchholz eignen,
- 2) 10 Stämme Buchen,
- 3) 31 Erlen,
- 4) 3 Hainbuchen,
- 5) 1 Stamm Kirchbaum,
- 6) 1 Kiefer und 1 Eiche
- 7) 12 Klafter eigenes Oberholz und
- 8) 50 Stück eigene Weiden.

Die Zusammenkunft ist am Platze selbst bei den so- genannten Neuwiesen in der Nähe des Viehsteigerer Ge- meindewaldes.
Durmersheim, den 30. Januar 1865.
Bürgermeisteramt.
Daß.
vdt. Schlagel, Rathschr.

3.8.675. Gondelsheim. Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Gondelsheim läßt am Donnerstag den 9. Februar 1865, Vormittags 9 Uhr anfangend, aus dem hiesigen Gemeindewald, Distrikt I Eichwald:

20 Stämme Eichen,
21 " Ahorn,
13 " Forlen
Essentlich versteigern; wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Die Zusammenkunft ist zu obiger Stunde auf der Gondelsheim, den 31. Januar 1865.
Gemeinderath.
Nenzemer, Bürgermstr.
Walter, Rathschrbr.

Frankfurt, 1. Februar 1865.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Deferr.	Per compt.	Per compt.	Per compt.	Per compt.	Per compt.
50/100 Met. i. S. & R.	—	40/100 Obligation.	100/100	Deferr. 250fl. b. R. 1839	—
50/100 do. in holl. St.	—	30/100 do.	100/100	250fl. b. R. 1844	76 1/2
50/100 do. 1852 i. Rf.	80	20/100 do.	100/100	100fl. Rr. 1858	132
50/100 do. 1859 "	78 1/2	10/100 do.	100/100	500fl. b. 1860/61	85 1/2
50/100 do. 1864 "	74 1/2	5/100 do.	100/100	100fl. b. 1864	91
50/100 Lomb. i. S. & R.	91 1/2	3 1/2/100 do.	100/100	3 1/2/100 Preuss. Rr. A.	9 1/2
50/100 Venet. G. b. R. 1/2	84 1/2	2 1/2/100 do.	100/100	Schweiz. Rr. 10 fl.	9 1/2
50/100 Nat.-Anl. 1854	69	1 1/2/100 do.	100/100	Bad. 50-fl. Loose	—
50/100 Met.-Obligat.	62 1/2	1/100 do.	100/100	35-fl.	53 1/2
50/100 do. 1852 G. b. R.	62 1/2	50/100 do.	100/100	Rr. 40 fl. b. R. 1854	54 1/2
4 1/2/100 Met.-Oblig.	55 1/2	40/100 do.	100/100	Gr. Deferr. 50 fl. b. R.	—
50/100 Oblig. b. Rth.	102 1/2	30/100 do.	100/100	25fl.	40
4 1/2/100 do.	102 1/2	20/100 do.	100/100	Rr. 25 fl. b. R.	—
3 1/2/100 do.	91	10/100 do.	100/100	Schw. 36-fl. Rr. A.	—
4 1/2/100 Staatsch.	101 1/2	5/100 do.	100/100	Rail. 45-fl. Rr. A. b. R.	33
4 1/2/100 1/2jährig	102	4 1/2/100 do.	100/100	2 1/2 fl. Rr. D. b. R.	34 1/2
4 1/2/100 1jährig	102	3 1/2/100 do.	100/100	3 1/2 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 1 1/2jährig	99 1/2	2 1/2/100 do.	100/100	4 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 2jährig	98 1/2	1 1/2/100 do.	100/100	5 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 3jährig	98 1/2	1/100 do.	100/100	6 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 Abh. Rente	98 1/2	50/100 do.	100/100	7 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 do.	104 1/2	40/100 do.	100/100	8 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 do.	96 1/2	30/100 do.	100/100	9 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 Obl. b. Rth.	104 1/2	20/100 do.	100/100	10 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 do.	96 1/2	10/100 do.	100/100	11 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 Obligation.	100	5/100 do.	100/100	12 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 do. v. 1842	92 1/2	4 1/2/100 do.	100/100	13 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2
4 1/2/100 Obligation.	—	3 1/2/100 do.	100/100	14 fl. Rr. D. b. R.	30 1/2

(Mit einer Beilage.)